

A18 Asymmetrie beenden und Europa eine Chance geben - Soziales Europa gestalten

Gremium: Malte Krüger (KV Kiel), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Danny Greulich (KV Nordfriesland), Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland), Elisabeth Horstkötter (KV Kiel), Finn Petersen (KV Schleswig-Flensburg), Mayra Vriesema (KV Nordfriesland), Steffen Regis (KV Kiel)

Beschlussdatum: 23.03.2018

Tagesordnungspunkt: 3 Anträge

463 Der Landesparteitag möge beschließen:

464

465

466 Eine gemeinsame europäische Sozialpolitik war bei der Gründung der Europäischen
467 Union (EU) nicht vorgesehen. Die Römischen Verträge von 1957 zielten auf die
468 Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und verfolgten damit rein
469 wirtschaftliche Interessen. Im Dezember 1989 verabschiedeten die Regierungschefs
470 der EG die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer*innen
471 als „feierliche Erklärung“, die im Laufe der Verhandlungen soweit verwässert
472 wurde, dass am Ende nur der „Anspruch auf ausreichende Leistungen und
473 Zuwendungen, die nach persönlicher Lage angemessen sind“ übrig blieb.

474 Dennoch wurden im Verlauf der letzten Jahrzehnte immer wieder zögerliche
475 Versuche unternommen eine verstärkte Koordinierung der verschiedenen
476 Sozialpolitiken zu erreichen.

477 Jedoch erzeugen diese Koordinierungsprozesse durch Vergleiche „bester Praktiken“
478 einen subtilen, aber stetigen Druck auf die Mitgliedstaaten. Mittlerweile ist
479 das Europäische Sozialmodell durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus in
480 weiten Teilen stillgestellt und verdrängt worden, d.h. durch seine harten
481 sozialpolitischen Austeritätsauflagen, denen sich die von ihm „geretteten“
482 Krisenländer zu unterwerfen haben. Weil ein sozialpolitisches Leistungssystem
483 zur Sicherung aller EU-Bürger auf EU-Ebene nicht besteht, fallen in den am
484 stärksten betroffenen Krisenländern ganze Regionen und Generationen aus der im
485 „Europäischen Sozialmodell“ vorgesehenen „Inklusion“ heraus.

486 Die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU basiert auf dem Europäischen
487 Semester, in dem der Europäischen Kommission eine Schlüsselrolle in der
488 Entwicklung und der Koordinierung der Politik zukommt. Die Kommission legt
489 Jahreswachstumsberichte vor und gibt länderspezifische Empfehlungen und
490 Empfehlungen im Rahmen der Durchsetzungsverfahren (Defizitverfahren und
491 Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten), die von umfangreichen
492 Recherchen des Kommissionspersonals unterlegt werden. Wenn die Kommission dabei
493 zur Einbindung sozialer Rechte verpflichtet wäre, könnten viele der fatalen
494 Entwicklungen, die bis jetzt in Bereichen wie dem Arbeitsmarkt beobachtet werden
495 konnten, vermieden werden. Eine solche Verpflichtung würde in der Vorbereitung
496 des Europäischen Semesters eine Analyse von Rechten bedeuten, die es der
497 Kommission ermöglicht, Maßnahmen, die diese Rechte verletzen könnten, zu
498 identifizieren.

499

500 Die hohe Arbeitslosigkeit von jungen Menschen ist eines der schwerwiegendsten
501 Probleme der EU, das ganz klar das Versagen der europäischen Eliten, die Zukunft

502 der Union zu sichern, offenbart. Während die Jugendarbeitslosigkeit in der
503 ganzen EU gestiegen ist, ist sie am schwerwiegendsten in jenen Staaten, die den
504 Bedingungen der Troika unterworfen wurden. Der rapide Anstieg der
505 NEET-Indikatoren (not in Education, Employment or Training) verdeutlicht, dass es
506 neben den Arbeitslosen Millionen von jungen Menschen ohne Beschäftigung gibt,
507 die kaum oder keine Beziehungen zur Arbeitswelt haben und dass dieses Problem
508 noch dringender in der Gruppe der 25-34-Jährigen als der der 16-24-Jährigen
509 ist. Die Einführung der Jugendgarantie während der letzten EU-Kommission war ein
510 zu begrüßender, wenngleich sehr seltener Impuls der EU auf dem Gebiet der
511 Sozialpolitik, dessen finanzielle Ausstattung allerdings vollkommen unzureichend
512 für die am stärksten betroffenen Länder ist. Die Prioritäten sowohl in Bezug auf
513 die Jugendarbeitslosigkeit als auch in der europäischen Sozialpolitik insgesamt
514 müssen dringend neu gesetzt und in sozialen Rechten verankert werden:
515 Wettbewerbs- und Haushaltsregeln müssen an sozialen Zielen ausgerichtet sein,
516 nicht andersherum (Euromemorandum 2016, S. 3).

517
518 Die in einer gemeinsamen, rechtlich unverbindlichen Proklamation des
519 Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission auf dem EU-Sozialgipfel am
520 17. November 2017 in Göteborg verabschiedete Europäische Säule Sozialer Rechte
521 (ESSR) ist ein allgemein gehaltenes, unverbindliches Dokument, welches die
522 Bedrohungen des europäischen Sozialmodells durch Wettbewerbsrecht, europäische
523 Schuldenbremse, Troika und Defizit-Verfahren, die entweder gerichtlich oder mit
524 Sanktionen durchgesetzt werden können, nicht aufhalten wird.

525 Mit der neuen Regierung in Deutschland wird auch im Jahr 2018 nicht der Kern des
526 Problems angegangen. Die reine Fokussierung auf die wirtschaftliche Integration
527 mit weitreichenden Kompetenzen auf der europäischen Ebene steht im krassen
528 Gegensatz zu kaum vorhandener Kompetenz im Bereich der Sozialpolitik. Diese
529 Asymmetrie muss behoben werden. Wir Grüne wollen eine EU die nicht einseitig
530 Staaten nach ökonomischen Kriterien bewertet, sondern Armut in allen
531 Mitgliedsstaaten aktiv bekämpft. Wir wollen die ausgestreckte Hand von
532 Frankreichs Präsident Macron (Sorbonne Rede) annehmen und seine Vorschläge zur
533 sozialen Konvergenz positiv aufgreifen und konkrete Schritte zu einem sozialen
534 Europa gehen, was eine Annäherung der Sozialmodelle mit sich bringen würde.

535 Wir Grüne wollen allen Menschen in der europäischen Union soziale Absicherung
536 gewährleisten. Die Europäische Union soll Ort der sozialen Sicherheit werden und
537 so ihre Existenz neu begründen. Soziale Sicherheit ist moderne Friedenspolitik
538 und die EU ist das größte Friedensprojekt der Welt. Ohne soziale Sicherheit wird
539 dieses Projekt von Innen heraus in seiner Existenz bedroht. Es darf keine
540 Entwicklung dahin geben, dass europäische Staaten sich auf den kleinsten
541 gemeinsamen Nenner berufen und somit eine Verschlechterung der Sozialstandards
542 durch die Hintertür ermöglichen.

543 Die Kritik der EU-Gegner*innen gegen die Idee eines sozialen Europas weisen wir
544 zurück. Es geht in erster Linie nicht um die Angleichung unserer sozialen
545 Sicherungssysteme, sondern darum, dass sich Lebensverhältnisse europaweit
546 annähern und keine Europäer*in in Armut leben muss. Eine Angleichung auf dem
547 niedrigsten Sozialniveau lehnen wir ab, in einem ersten Schritt sprechen wir uns
548 für garantierte soziale Mindestrechte aus, die durch alle EU-Mitgliedsstaaten
549 eingehalten und durch die EU unterstützt umgesetzt werden müssen.

550 Wir wollen Grenzpendler*innen, die in einem EU Land leben und in einem anderen
551 arbeiten lückenlos mit Arbeitnehmer*innen die in einem Land arbeiten und leben
552 gleichstellen. Die EU sollte Versicherungslücken durch Richtlinien schließen und
553 durch einen Sozialfonds Versicherungslücken schließen.

554 Wir fordern einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut in der europäischen Union
555 und die Unterstützung von öffentlicher Daseinsvorsorge in ökonomisch schwächeren
556 Mitgliedsstaaten. Eine einseitige Fokussierung auf ökonomische Kennzahlen bei
557 der Bewertung von Mitgliedsstaaten, wie bspw. bei Griechenland oder Spanien
558 lehnen wir ab.

559 Neben den Direktzahlungen aus den Haushalten der EU Mitgliedsstaaten für den EU
560 Haushalt, schlagen wir zur Finanzierung einer starken sozialen Säule vor, dass
561 die EU die Kompetenz zur Erhebung Steuern und Abgaben bekommt, um beispielsweise
562 eine europäische Vermögensabgabe zu erheben.

563 Wir wollen die Mobilität von Arbeitnehmer*innen innerhalb der EU ausbauen und
564 faire Beschäftigungsverhältnisse für alle erreichen. Wir begrüßen die Reform der
565 Entsenderichtlinie, die ein Durchbruch für soziale Rechte für entsandte
566 Arbeitnehmer*innen markiert. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird endlich
567 Realität. Wir fordern, dass diese Richtlinie auch auf weitere Branchen wie das
568 Transportgewerbe erweitert wird und weitere Lücken bei der Versicherungspflicht
569 geschlossen werden.

570 Wir fordern die EU auf, Programme zur sozialen Arbeitsmarktpolitik wie durch den
571 ESF beizubehalten. Wir setzen uns dafür ein, dass in Schleswig-Holstein soziale
572 und Arbeitsmarktinstitutionen wie Frau und Beruf oder die Beratungsstellen für
573 Arbeitnehmer*innen aus anderen Staaten weiter unterstützt und ausgebaut wird.
574 Gute Beratungsstrukturen sind für einen grenzüberschreitenden und sozialen
575 Arbeitsmarkt wichtig.

576 Wir wollen soziale Innovationen ermöglichen und fordern durch die EU finanzierte
577 wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zum bedingungslosen Grundeinkommen.

578 Ein sinnvoller Start, um die Entwicklung in der EU zu fördern, wäre ein EU
579 weites Sozialversicherungssystem, welches die soziale Sicherheit und die
580 Mobilität der Arbeitskräfte verbessert und gleichzeitig ein automatischer
581 Stabilisator wäre. Ein erster Schritt in diese Richtung, der bereits diskutiert
582 wird, könnte die Entwicklung einer Arbeitslosenversicherung auf der Ebene der EU
583 sein. Eine grundlegende europäische Arbeitslosenversicherung würde einen
584 begrenzten und planbaren kurzfristigen fiskalischen Impuls in konjunkturellen
585 Abschwungphasen geben. Mit ihrer automatischen und antizyklischen Wirkung kann
586 eine europaweite Arbeitslosenversicherung zugleich das Marktvertrauen in die
587 Währungsunion stärken und dadurch dazu beitragen, den sich wiederholenden
588 Teufelskreis aus Konjunkturabschwung, Austerität und innerer Abwertung in der
589 Eurozone zu vermeiden. Sie würde helfen, die Binnennachfrage und damit das
590 Wirtschaftswachstum in ganz Europa zu stärken, so der frühere EU Kommission für
591 Beschäftigung und Soziales und Integration Lazlo Andor (Euromemo 2016, S. 14)

592
593 Die Armutsbekämpfung ist ein erklärtes Ziel der EU, das in der 2020 Strategie
594 festgeschrieben ist. Eine europäische Grundsicherung ist ein konkretes
595 Instrument, um dieses Ziel umzusetzen. Denn viele EU-Staaten haben keine
596 ausreichende Mindestsicherung auf nationaler Ebene. Eine europäische definierte
597 Grundsicherung würde zu einer weiteren Angleichung der Lebensverhältnisse

598 beitragen und die ökonomische Stabilität in der EU erhöhen. Wir fordern
599 europäische definierte Mindeststandards für die Grundsicherung in Form einer
600 Mindesteinkommensrichtlinie soll festschreiben, dass allen Menschen in EU-
601 Mitgliedstaaten ein Existenzminimum in angemessener Höhe zusteht, das sich an
602 60% des durchschnittlichen Einkommens des jeweiligen Landes orientiert. Außerdem
603 sollte die Richtlinie gemeinsame Prinzipien und Mindeststandards und eine
604 gemeinsame Definition von Armut festlegen. Die europäischen Strukturfonds können
605 die Grundsicherung dadurch flankieren, dass sie 20 Prozent ihrer Mittel in
606 Armutsbekämpfung und soziale Inklusion legen. (BAG Europa Positionspapier
607 September 2016, S. 6)

608 Als Grüne aus Schleswig-Holstein sind wir davon überzeugt, dass eine soziale
609 Integration auf Augenhöhe mit der wirtschaftlichen Integration der EU dazu
610 beitragen wird, dass das Spannungsverhältnis zwischen marktpolitischen und
611 sozialpolitischen Fragestellungen neu austariert werden kann. Um die
612 auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und einen
613 Unterbietungswettbewerb bei Löhnen, Steuern und Standards durch die
614 Mitgliedstaaten zu vermeiden, wollen wir die EU in ihrer sozialen Dimension
615 weiterentwickeln und langfristig eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen
616 Sozialmodelle in der EU erreichen.

Begründung

- erfolgt mündlich -